



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15967
Donnerstag, 07. Jänner 2021

Köstinger: Lebensmittelherkunftskennzeichnung soll heuer ausgebaut werden	1
LK OÖ-Wahl am 24. Jänner: Jede Stimme stärkt Anliegen der Bäuerinnen und Bauern	2
Steiermark: Bauernbund ruft zur LK-Wahl am 24. Jänner auf	3
Landwirtschaftskammer NÖ verstärkt Kommunikation	5
Langer-Weninger: 2021 ist Jahr der agrarpolitischen Entscheidungen	7
Frauenpower braucht das Land: Stopp der Abwanderung	11
LK Oberösterreich und LK Steiermark fordern Verlustersatz für Schweinebauern	13
ÖPUL 2015: Flächenzugänge im Jahr 2020 und 2021 nicht prämiendfähig	14
EU-Schlachtrindermarkt: Angebot insgesamt eher knapp	16
Kartoffelmarkt startet stabil ins neue Jahr	16
Russland: Höchstpreise für Lebensmittel gelten nun 90 Tage	17
78. NÖ Bauernbundball: Teilnahme via Streaming - "Alles Walzer-Set" ausverkauft	18
Nachlese zum ÖKL-Webinar "Der Boden im Wandel"	19

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger: Lebensmittelherkunftskennzeichnung soll heuer ausgebaut werden

Umsetzung durch das Gesundheitsministerium notwendig

Wien, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** drängt zu Jahresbeginn erneut auf einen Ausbau der Lebensmittelkennzeichnung. Im Regierungsprogramm haben sich ÖVP und Grüne auf eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier in der öffentlichen sowie privaten Gemeinschaftsverpflegung (Kantinen usw.) und in verarbeiteten Lebensmitteln ab 2021 festgelegt. "Die finale Verordnungsvorlage liegt beim Gesundheitsminister", betonte Köstinger heute im APA-Gespräch. * * * *

"Wir wissen, dass es kein einfaches Projekt ist", so die Ministerin. Die Landwirtschaft habe "alles geliefert, was dafür erforderlich ist". Die Vorarbeiten hätten schon vor ein paar Jahren begonnen, sagte Köstinger. Nun erwarte man eine Umsetzung durch das federführende Gesundheitsministerium.

Lebensmittelbeschaffung: Öffentliche Hand soll mit gutem Beispiel vorangehen

Die ebenfalls im türkis-grünen Regierungsprogramm fixierte hundertprozentige öffentliche Lebensmittelbeschaffung von heimischen Produzenten, unter anderem in Altersheimen, Justizanstalten, Kantinen, Krankenhäusern und Schulen, dürfte noch einige Zeit dauern. Die öffentliche Hand müsse hier "mit gutem Beispiel" vorangehen, unterstrich die Landwirtschaftsministerin.

GAP-Reform: Aussagen von Timmermans werden zurückgewiesen

Auf EU-Ebene steht heuer vor allem die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf dem Programm. EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans hatte vergangenen November für Aufsehen gesorgt, indem er drohte, den Kommissionsvorschlag für die GAP-Reform zurückzuziehen, wodurch auch Parlament und Mitgliedstaaten mit ihren Beratungen noch einmal von vorne beginnen müssten. Timmermans kritisierte Aspekte der GAP-Reform als "nicht vereinbar" mit den Klimaschutz- und Umweltzielen der EU.

Köstinger hatte damals scharfe Kritik an den Äußerungen von Timmermans geübt. "Ich kann den Vorstoß, die GAP-Reform wieder zurück zum Start zu geben, nur konsequent zurückweisen", so Köstinger. Sie erwarte, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen "ein Machtwort" spreche. Es sei eine Anmaßung, wenn ein Vizepräsident der EU-Kommission, der nicht für Landwirtschaft zuständig sei, so etwas in Aussicht stelle. "Es wird eine massive Erhöhung der Umweltambition geben in ganz Europa. Das heißt Staaten, die bisher eher wenig für Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft getan haben, müssen dies dann tun", stellte Köstinger heute fest. Sie sei "sehr zuversichtlich", dass eine Einigung bei der Agrarreform heuer bis zum Ende des ersten Quartals gelingen wird.

Landwirtschaft von Corona-Krise stark betroffen

Die Corona-Krise mit enormen Umsatzausfällen in Gastronomie und Hotellerie sowie der Preisdruck wegen der Schweine- und der Geflügelpest in Europa hätten die heimische Landwirtschaft hart getroffen. Die Marktverwerfungen habe jeder Betrieb bei den Erzeugerpreisen gespürt, so Köstinger. Die heimische Landwirtschaft erhalte daher auch Corona-Hilfen. Im Rahmen des Härtefallfonds (Phase 1 und 2) und des Comeback-Bonus (inkl. Privatzimmervermietung am Bauernhof) wurden bisher 15,9 Mio. Euro ausbezahlt. Überbrückungsgarantien in der Höhe von 118,5 Mio. Euro in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft wurden von der öffentlichen Hand übernommen. Weiters gibt es unter anderem eine COVID-Investitionsprämie von rund 175 Mio. Euro sowie Umsatzerersatz für "Urlaub am Bauernhof"-Betriebe und Buschenschankbetriebe. (Schluss)

LK OÖ-Wahl am 24. Jänner: Jede Stimme stärkt Anliegen der Bäuerinnen und Bauern

Fünf Wählergruppen treten an - Briefwahl ab sofort möglich

Linz, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Insgesamt 129.178 wahlberechtigte Bäuerinnen und Bauern sowie Grundeigentümer eröffnen das heurige Wahljahr in Oberösterreich. Bei der bevorstehenden Landwirtschaftskammerwahl am 24. Jänner 2021 werden die 35 Mitglieder der Vollversammlung neu gewählt. Gleichzeitig entscheidet das jeweilige Wahlergebnis auf Ortsebene über die künftige Zusammensetzung von 424 Ortsbauernausschüssen mit jeweils sieben, neun oder elf Mitgliedern. Insgesamt sind auf Ortsebene 3.236 Mandate zu vergeben. Zur Durchführung wird in praktisch jeder Gemeinde ein eigenes Wahllokal eingerichtet. Zudem gibt es auch die Möglichkeit einer Stimmabgabe per Briefwahl, der aufgrund der aktuellen Corona-Situation diesmal wohl eine zentrale Bedeutung zukommen wird. Die Gemeinden verfügen über ausreichend Briefwahlunterlagen, sodass diese ab sofort in den zuständigen Gemeindeämtern beantragt werden können. * * * *

"Mit der Briefwahlmöglichkeit wird allen Kammermitgliedern auch in der Corona-Situation ein sicheres Wählen ermöglicht. Zudem kann damit vor allem Personen mit Mobilitätseinschränkungen, ortsabwesenden Wahlberechtigten sowie außerhalb Oberösterreichs wohnhaften Wahlberechtigten die Stimmabgabe wesentlich erleichtert werden", betont LK OÖ-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger**.

Ablauf bei Briefwahl

Eine Briefwahlkarte kann bis spätestens 21. Jänner 2021 bei der zuständigen Gemeinde schriftlich (auch per E-Mail) oder mündlich beantragt werden. Dazu kann auch die Rückseite der Wahlbenachrichtigung, welche an den Großteil der Wahlberechtigten bereits versendet wurde, verwendet werden. Langt ein Antrag auf Ausstellung einer Briefwahlkarte später ein, so ist eine Ausstellung nur mehr dann möglich, wenn diese persönlich oder durch eine bevollmächtigte Person von der Gemeinde abgeholt wird. Es wird daher empfohlen, Briefwahlkarten möglichst umgehend zu beantragen, damit auch unter Einrechnung des Postweges eine rechtzeitige Stimmabgabe sichergestellt werden kann.

Briefwahlstimmen sind an die zuständige Sprengelwahlbehörde der jeweiligen Gemeinde bis spätestens am Tag vor der Wahl zu übermitteln oder am Wahltag direkt bei der Sprengelwahlbehörde abzugeben. So kann zum Beispiel die verschlossene Wahlkarte mit der Briefwahlstimme von bettlägerigen Personen durch weitere wahlberechtigte Familienmitglieder am Tag der Wahl direkt bei der Sprengelwahlbehörde abgegeben werden. Selbstverständlich kann man gleich bei der Abholung der Briefwahlkarte wählen und die Briefwahlkarte mit der abgegebenen Stimme direkt am Gemeindeamt lassen. Jene Wahlberechtigten, die die Briefwahl auch in der aktuellen Corona-Situation nicht in Anspruch nehmen wollen, können so wie bisher direkt am Wahltag die Stimme in dem von der zuständigen Gemeinde eingerichteten Wahllokal abgeben. Die genauen Wahlzeiten sind der an alle Wähler übermittelten Information zu entnehmen.

Fünf Wählergruppen kandidieren

Bei der diesjährigen LK-Wahl treten die gleichen Wählergruppen wie bei der letzten Landwirtschaftskammerwahl im Jänner 2015 an, nämlich der OÖ Bauernbund - Team Langer-Weninger, der Unabhängige Bauernverband OÖ (UBV), die Freiheitliche Bauernschaft OÖ (FB), die SPÖ Bauern OÖ und die Grünen Bäuerinnen und Bauern (GBB). In der derzeitigen LK-Vollversammlung sind der OÖ Bauernbund mit 24 Sitzen, der Unabhängige Bauernverband mit fünf Sitzen, die Freiheitliche Bauernschaft mit drei Sitzen, die SPÖ Bauern mit zwei Sitzen und die Grünen Bäuerinnen und Bauern mit einem Sitz vertreten. Für den Einzug in die LK-Vollversammlung reicht die Erzielung eines Mandats, eine sonstige Prozenzhürde ist in Oberösterreich im Gegensatz zu anderen Landwirtschaftskammern nicht vorgesehen.

Stimmabgabe sichern

Die Kammermitglieder sind aufgerufen, schon jetzt die erforderlichen Briefwahlunterlagen zu beantragen oder sich ansonsten den Wahltermin vorzumerken. "Mit jeder Stimmabgabe werden die berechtigten Anliegen der Bäuerinnen und Bauern sowie die Grundeigentümerinteressen gestärkt", ruft Langer-Weninger zur Teilnahme an der Landwirtschaftskammerwahl am Sonntag, den 24. Jänner 2021, auf. (Schluss)

Steiermark: Bauernbund ruft zur LK-Wahl am 24. Jänner auf

Spitzenkandidat Titschenbacher für gute Rahmenbedingungen als Signal an die Jugend

Graz, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Ein starkes Team steht an der Spitze der Landwirtschaftskammerwahl in der Steiermark am 24. Jänner 2021. **Franz Titschenbacher**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark, und **Maria Pein**, Vizepräsidentin der LK Steiermark, stehen ganz oben auf der Liste des Bauernbundes und damit der stärksten politischen Kraft, um die Interessen der bäuerlichen Familien und der ländlichen Räume von der Gemeindeebene bis ins Europaparlament zu vertreten. "Kaum eine Berufsgruppe ist mit derart herausfordernden Produktionsbedingungen konfrontiert wie die Bauernschaft. Einerseits ist es der globale Markt, der sich direkt auf die Existenzen unserer kleinbäuerlichen Strukturen auswirkt, andererseits sind es zunehmend die klimatischen Veränderungen, die das jährliche Einkommen der Bauernfamilien gefährden. Dazu kommt noch, dass in unserem Land die gesellschaftlichen Forderungen in den Bereichen Tier- und Umweltschutz wesentlich höher sind als in allen anderen

Ländern dieser Welt. Einer Interessenvertretung kommt vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung zu", betont Bauernbund-Landesobmann und Landesrat **Hans Seitinger**. * * * *

"Am 24. Jänner geht es um eine verlässliche und starke Interessenvertretung, die sich ehrlich für unsere Bauernfamilien einsetzt. Franz Titschenbacher und sein Team haben in der Vergangenheit schon gezeigt, dass man auf sie zählen kann. Der Bauernbund ist die einzige politische Kraft, die kompetente Persönlichkeiten in allen Entscheidungsebenen von der Gemeinde bis hin zum Europäischen Parlament aufwarten kann", betont Seitinger, für den die Leistungen und Arbeiten der steirischen Bäuerinnen und Bauern "das Fundament und das Herz unseres schönen Heimatlandes" sind. "Sie stehen für hervorragende Lebensmittel, kostbare Lebensräume und eine charakteristische Lebensfreude. Dies zu sichern und zugleich weiterzuentwickeln ist das oberste Ziel unserer Bauernfamilien. Jeder Bauernhof ist ein wichtiges Puzzlestück im Gesamtbild einer Lebenskultur und eines erfolgreichen Landes", so Seitinger, für den die Themen Regionalität und Versorgungssicherheit, Bildung, Beratung und Innovation sowie eine zukunftsfähige, klimafitte, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft im Fokus stehen.

Klasse statt Masse

"Die steirische Landwirtschaft kann mit der Masse nie mithalten, aber die anderen können dies mit unserer Klasse nicht. Daher müssen wir unser geistiges Kapital auf dieses Pferd setzen, im Vertrauen darauf, dass dies auch der Handel und die Konsumenten entsprechend würdigen. Mein größter Wunsch wäre es, wenn diese furchtbare 'Geiz ist geil'-Mentalität gerade im Bereich der Lebensmittel ein Ende finden würde", so Seitinger.

Titschenbacher: Wahl stellt Weichen für die Zukunft

Am 24. Jänner 2021 wählen die rund 123.000 Kammermitglieder ihre Vertretung für die nächsten fünf Jahre. Der Steirische Bauernbund tritt mit einem starken und erfahrenen Team an, um die Zukunft der rund 35.000 bäuerlichen Betriebe und des ländlichen Raumes zu gestalten. Mit Titschenbacher und Pein stellt der Steirische Bauernbund zwei erfahrene und international anerkannte Interessenvertreter zur Wahl. Spitzenkandidat Titschenbacher: "Der Bauernbund steht für Verlässlichkeit und Handschlagqualität. Seine Funktionäre übernehmen von der Gemeindeebene bis nach Brüssel Verantwortung für die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern. Daher wurde auch der Wahlslogan 'Hand drauf' gewählt. Die LK Steiermark ist als modernes Dienstleistungsunternehmen ein wichtiger Begleiter der Betriebe in herausfordernden Zeiten."

Titschenbacher sieht die größten Herausforderungen für die Arbeit der Landwirtschaftskammer und der Agrarpolitik darin, brauchbare Rahmenbedingungen für die Betriebe zu erreichen und weiter einzufordern: "Das Ziel der bäuerlichen Interessenvertretung ist es, Planbarkeit, Rechtssicherheit und Verlässlichkeit für unsere Mitglieder zu erreichen. Es geht uns auch darum, den ländlichen Raum lebenswert zu erhalten und den Familienbetrieben eine gute Zukunft zu geben", so Titschenbacher. "Davon profitieren nicht nur die Bäuerinnen und Bauern. Denn wer Versorgungssicherheit und nachhaltiges Wirtschaften verlangt, muss zukunftsfähige Betriebsentwicklung ermöglichen, der Jugend ein klares Signal geben und sensible Produktionsräume nicht durch überbordende Auflagen benachteiligen."

Pein: Soziale Absicherung der Bauernfamilien ist wichtiges Ziel

Pein ist Spitzenkandidatin im Wahlkreis 3 (Oststeiermark) und sieht die hart errungenen Erleichterungen im Bereich der Sozialversicherung für die Bäuerinnen und Bauern als ersten richtigen Schritt: "Dadurch kommt es zu den vom Bauernbund vehement geforderten Entlastungen für bäuerliche Familien." Einen echten Meilenstein sieht Pein in der Änderung der Pauschalierungsverordnung: "Die Absicherung des Einheitswertsystems und der Pauschalierung mit der Aufhebung der 120-ha-Vieheinheitengrenze, der 60-ha-Grenze und der 10-ha-Obstbaugrenze oder die Anhebung der Buchführungsgrenze auf 700.000 Euro sowie der Forstpauschalierungsgrenze auf 15.000 Euro Einheitswert waren nur mit einer starken Interessenvertretung möglich", verdeutlicht Pein. (Schluss)

Landwirtschaftskammer NÖ verstärkt Kommunikation

Schmuckenschlager: Land- und Forstwirtschaft noch intensiver erklären

St. Pölten, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Die Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich bündelt ihre Ressourcen in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Gesellschaftsdialog und stellt sich mit der Abteilung Agrarkommunikation neu auf. Für LK NÖ-Präsident **Johannes Schmuckenschlager** ist dieser Schritt wichtiger denn je: Die Anzahl der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen wird immer geringer und somit auch der direkte Bezug zur bäuerlichen Arbeit. Diese Entfremdung ist mitunter die Ursache für viele gesellschaftliche Debatten. Es braucht daher eine bewusste Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit. * * * *

"Wir müssen noch intensiver erklären, wie Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich funktioniert und verstehen es als zentralen Bestandteil der Interessenvertretung, deutlich mehr über das bäuerliche Tun zu kommunizieren. Das haben wir auch in unserem Zukunftsplan bis 2025 fest verankert. Eine schlagkräftige Öffentlichkeitsarbeit ist eine unserer wesentlichen Aufgaben. Mit der neuen Abteilung Agrarkommunikation schaffen wir nun auch die entsprechende Organisationsstruktur dafür", erklärt Schmuckenschlager.

Die viel zitierte Entfremdung der Gesellschaft von der Landwirtschaft führt zu Entwicklungen, die bäuerliche Betriebe unter starken gesellschaftlichen Druck stellen, begründet Schmuckenschlager den Ausbau der Kommunikation. Viele Leistungen der Land- und Forstwirtschaft werden als selbstverständlich betrachtet. Moderne Bewirtschaftungsverfahren beäugen viele tendenziell skeptisch. Das fehlende Wissen über die Herstellung unserer Lebensmittel und Rohstoffe, gepaart mit einer Dominanz von Werbebildern in den Medien, führt zu falschen Erwartungshaltungen in der Gesellschaft.

Daniela Morgenbesser wird Abteilungsleiterin

Die Leitung der neu geschaffenen Abteilung Agrarkommunikation übernimmt Daniela Morgenbesser. Die 40-Jährige kommt aus einer Bauernfamilie im südlichen Niederösterreich, lebt heute im Waldviertel und ist Absolventin des Francisco Josephinum Wieselburg sowie der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik. Morgenbesser ist bereits seit 2002 in der Landwirtschaftskammer NÖ tätig. Nach ihrer Beratungstätigkeit in der Bezirksbauernkammer Waidhofen an der Thaya wechselte sie 2006 in die Ik-projekt GmbH, deren Geschäftsführerin sie seit 2013 war, und leitet seit dem

Vorjahr auch das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das nun mit dem Referat Gesellschaftsdialog in der Abteilung Agrarkommunikation vereint wird.

Schwerpunkte im Jahr 2021

Die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft gehen weit über die Lebensmittel- und Rohstoffproduktion hinaus. "Die Bäuerinnen und Bauern übernehmen Verantwortung für alle Lebensbereiche in der Gesellschaft. Wir wollen für und mit den bäuerlichen Betrieben den Weg für eine gute Zukunft der heimischen Land- und Forstwirtschaft bereiten. Dazu gehört auch der Dialog mit der Bevölkerung", sagt Schmuckenschlager. Für das Jahr 2021 hat die Landwirtschaftskammer NÖ folgende Schwerpunktthemen festgelegt:

Versorgungssicherheit

Die Bäuerinnen und Bauern leisten einen zentralen Beitrag zur Krisensicherheit und versorgen die Menschen mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen. Wir wollen der Bevölkerung näherbringen, dass der bewusste Einkauf regionaler Produkte diese Versorgungssicherheit erhöht.

Gemeinsame Agrarpolitik

Die Gelder der EU-Agrarpolitik haben wesentlichen Einfluss auf das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern, auf die Ausrichtung der Betriebe sowie auf die Art der Bewirtschaftung. Gewisse Standards können nur auf europäischer Ebene und nicht allein in Österreich umgesetzt werden, da ansonsten entstehende Wettbewerbsverzerrungen unsere heimischen Familienbetriebe massiv gefährden würden.

Klimaschutz

Die Land- und Forstwirtschaft ist selbst von der Klimaveränderung betroffen. Gleichzeitig ist sie aber auch Teil der Lösung, denn die Bäuerinnen und Bauern betreiben Klimaschutz durch die nachhaltige Produktion von Lebensmitteln, Rohstoffen und Bioenergie. Das ist es, was wir den Menschen erklären wollen. Zudem unterstützt die Landwirtschaftskammer die Bäuerinnen und Bauern bei der notwendigen Anpassung an die Klimaveränderung.

Tierwohl

Tierwohl gewinnt immer mehr an Bedeutung und ist eine wesentliche Forderung der Gesellschaft. Die Bäuerinnen und Bauern haben ein ureigenes Interesse daran, dass es ihren Nutztieren gut geht. Sie kennen ihre Tiere am besten. Wir stellen die Beziehung der Landwirte zu ihren Tieren in den Mittelpunkt. Höhere Tierwohlstandards sind in der Regel mit höheren Kosten verbunden, eine größere Zahlungsbereitschaft für tierische Erzeugnisse fördert daher Tierwohl.

Biodiversität

Die heimischen Bäuerinnen und Bauern sorgen mit ihrer Bewirtschaftungsweise für Vielfalt in der offenen Landschaft sowie im Wald, und damit sorgen sie auch für Biodiversität. Wir wollen der Gesellschaft erklären, dass aktive Land- und Forstwirtschaft sowie Artenvielfalt kein Widerspruch in sich sind, sondern diese Bereiche untrennbar miteinander verbunden sind.

Pflanzenschutz

Pflanzenschutz wird in der öffentlichen Meinung stark kritisiert. Aber Pflanzengesundheit ist mehr, als nur der Einsatz von Betriebsmitteln. Vielfältiger, präziser und sorgsamer Pflanzenschutz ist die Bedingung für Versorgungssicherheit, und er ist notwendig, um gesunde Pflanzen zu erzeugen und zu ernten. Wir kommunizieren Pflanzenschutz nicht zum Selbstzweck, sondern verbinden ihn mit den Themen Versorgungssicherheit, Biodiversität sowie Klimaschutz und stellen so den unmittelbaren Nutzen von Pflanzengesundheit in den Vordergrund. (Schluss)

Langer-Weninger: 2021 ist Jahr der agrarpolitischen Entscheidungen

Wirtschaftliche Krisensituation erfordert zielgerichtete Maßnahmen

Linz, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - "Auch wenn mit einem umfassenden steuer- und sozialrechtlichen Entlastungspaket, dem Beschluss eines Waldfondsgesetzes und der Sicherstellung der EU-Agrarfinanzierung im abgelaufenen Jahr wichtige Entscheidungen zugunsten der heimischen Land- und Forstwirtschaft getroffen werden konnten, sind im neuen Jahr eine Reihe von agrarpolitischen Baustellen weiterhin offen. 2021 wird das Jahr der Entscheidungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU- Ebene und des nationalen Strategieplans zur GAP", betonte heute Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger**. * * * *

"Auf nationaler Ebene steht eine Reihe weiterer Themen an, die im Interesse der bäuerlichen Familienbetriebe dringend einer raschen politischen Entscheidung und Umsetzung bedürfen. Dazu gehören insbesondere finanzielle Hilfen für die von einer dramatischen Marktsituation betroffenen Rinder- und Schweinebauern, die Umsetzung einer Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Lebensmitteln und der Gastronomie, die Umsetzung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes, eine höhere Biotreibstoff- Beimischung bei Benzin und die nachdrückliche Ablehnung des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens", nannte Langer-Weninger die zentralen Arbeitsschwerpunkte.

Fremdarbeitskräfte für heimische Obst- und Gemüseversorgung sichergestellt

Schon im vergangenen Corona-Krisenjahr hat der Einsatz der notwendigen Fremdarbeitskräfte im Obst- und Gemüsebau eine massive Herausforderung dargestellt. Hier können die Betriebe in Oberösterreich nicht auf Tagespendler aus den mittel- und osteuropäischen Ländern setzen. Die erforderlichen Arbeitskräfte können daher großteils nur mehr aus Drittländern, wie zum Beispiel der Ukraine, oder aus dem Asylwerberbereich rekrutiert werden.

"Die kurz vor Weihnachten veröffentlichte neue Saisonier-Verordnung 2021 sieht für das in unserem Bundesland zur Verfügung stehende Basiskontingent von 1.164 Arbeitskräften in den Monaten Mai bis September eine bis zu 30%ige Überziehungsmöglichkeit vor, sodass für diesen Zeitraum maximal 1.513 Saisoniers zur Verfügung stehen. Dies konnte in enger Abstimmung mit dem Verband der Obst- und Gemüseproduzenten durchgesetzt werden und stellt für die Branche einen durchaus tragbaren Kompromiss dar. Mit dem erzielten Ergebnis sollte nicht nur die Sicherstellung der Versorgung mit heimischem Obst und Gemüse, sondern auch der Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in den nachgelagerten Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen gewährleistet sein", so Langer-Weninger.

Dramatische Situation auf Fleischmärkten erfordert Hilfsmaßnahmen

Der anhaltende Lockdown der Gastronomie- und Tourismusbetriebe hat insbesondere die Rinder- und Schweinemärkte massiv unter Druck gebracht. Bei Schweinefleisch ist die Lage aufgrund der in Deutschland aufgetretenen Afrikanischen Schweinepest und damit einhergehender Exportsperrern nach China noch weiter dramatisch. Der Rückstau fertiger Schlachtschweine hat das Preisgefüge quer durch Europa massiv nach unten gedrückt. Zu Jahresbeginn ist keine unmittelbare Entspannung in Sicht. "Nun geht es darum, mit raschen Marktmaßnahmen und gezielten finanziellen Hilfen wirtschaftliche Existenzgefährdungen und bäuerliche Betriebsaufgaben bei Schweinemästern, Ferkelerzeugern und Rinderbauern wirksam zu verhindern. Sie sind Vorlieferanten der Gastronomie und müssen ebenso wie andere Branchen eine Entschädigung für ihre Umsatzeinbußen erhalten", sagte die LK-Präsidentin.

Herkunftskennzeichnung endlich umsetzen

Die LK OÖ drängt weiters auf die rasche Umsetzung der im Regierungsprogramm vorgesehenen Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Lebensmittel aus Fleisch, Milch und Eiern. Eine derartige Herkunftskennzeichnung wird auch für die Gemeinschaftsgastronomie und in einem weiteren Schritt für die sonstigen Gastronomiebetriebe verlangt. "Das Gesundheitsministerium ist gefordert, rasch die nötigen Schritte zur Umsetzung der Herkunftskennzeichnung zu setzen und entsprechende Regelungen mit der EU-Kommission abzuklären. Zudem sollen zusätzliche Schritte zum zielgerichteten Ausbau des AMA-Gütesiegel-Programmes auf weitere Produktgruppen gesetzt werden", betonte die Kammerpräsidentin.

Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz: Biomassenutzung forcieren

Im Energiebereich verlangt die LK OÖ, dass die notwendigen Regelungen für den Ausbau von "Grünem Gas" in das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz aufgenommen werden, um auch die Erzeugung von Biomethan und Holzgas zu forcieren. "Es braucht auch weitere Anreizsysteme für den verstärkten Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen und die Errichtung von Stromspeichern in der Landwirtschaft. Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz muss Rahmenbedingungen schaffen, mit denen auch bäuerliche Betriebe verstärkt Wertschöpfung aus der Energieproduktion erzielen können", erklärte Langer-Weninger. Sie forderte zudem eine rasche Umsetzung der im Regierungsprogramm vorgesehenen höheren Bioethanol-Beimischung bei Benzin.

Waldfondspaket rasch umsetzen

Mit dem Waldfondsgesetz wurde im vergangenen Jahr ein 350 Mio. Euro-Maßnahmenpaket für die heimische Forstwirtschaft beschlossen. Mit diesem Paket sollen insbesondere Borkenkäfer-Kalamitätsflächen entschädigt, Aufforstungs- und Waldpflegemaßnahmen für den klimawandelbedingten Waldumbau unterstützt sowie Investitionen für den Einstieg in die Holzgas- und Holzdieselproduktion mit einer Anschubfinanzierung forciert werden. Die Detailrichtlinien dazu werden derzeit mit der EU-Kommission abgestimmt. Die LK OÖ fordert eine rasche Umsetzung des Gesamtpaketes und auch der vereinbarten Einheitswertsenkungen für die vom Borkenkäfer massiv betroffenen Betriebe. Bei den Entschädigungen sei eine Berücksichtigung von Käferschäden zumindest ab dem Jahr 2018 erforderlich.

Mehr Fairtrade für Agrarprodukte und Lebensmittel

"Die heimische Lebensmittelerzeugung wird immer stärker durch Agrarimporte zu Dumpingpreisen unter Druck gesetzt. Das derzeit zur Entscheidung vorliegende Mercosur-Abkommen steht exemplarisch für die fehlgeleitete EU-Handelspolitik. Künftige Abkommen müssen sicherstellen, dass Agrarprodukte nur dann zollfrei gehandelt werden dürfen, wenn diese europäischen oder gleichwertigen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards entsprechen. Wir fordern daher die Einführung sogenannter EU-Klimazölle für Agrar- und Lebensmittelimporte in die EU, die nicht europäischen Standards entsprechen", unterstrich die LK-Präsidentin. Auch für eine erfolgreiche und machbare Umsetzung des EU-Green-Deals sei eine grundlegende Anpassung der EU-Handelspolitik erforderlich. Hier müssten Instrumente erarbeitet werden, welche die Kostendifferenzen zwischen internationalen und europäischen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards ausgleichen. Lebensmittel und Agrargüter, die mit in der EU verbotenen Substanzen oder Verfahren hergestellt werden, seien mit einem Importverbot zu belegen.

Entscheidungsjahr für GAP und neue Förderprogramme

"Heuer stehen wesentliche inhaltliche Entscheidungen zur Neugestaltung der GAP und zu den neuen Förderprogrammen im Rahmen der nationalen Strategiepläne zur GAP an. Der Hauptknackpunkt in den Verhandlungen liegt bei der künftigen Ausgestaltung der neuen Umweltarchitektur der Gemeinsamen Agrarpolitik. Diese Fragen sind gerade für die in Oberösterreich aufgrund der bäuerlichen Besitzstruktur tendenziell intensiver geführten Rinder-, Schweine- und Geflügelhaltungsbetriebe, aber auch für die Ackerbaubetriebe mit einem höheren Ertragsniveau von zentraler Bedeutung", stellte Kammerdirektor **Karl Dietachmair** fest.

Hauptknackpunkt Öko-Regelung

"Die EU-Agrarminister möchten 20% und das EU-Parlament 30% der bisherigen Direktzahlungen für neue Öko-Regelungen umschichten. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger ist es im Agrarrat gelungen, eine Regelung durchzusetzen, die beim neuen Öko-Schema eine entsprechende Anrechnung einer überdurchschnittlichen Teilnahme bei den Agrarumweltprogrammen mit bis zu 75% vorsieht. Bei einer Festlegung des Öko-Schemas auf 20% der Direktzahlungen müssten in Österreich nur 5% für Umweltzwecke umgeschichtet werden. Zudem hat sich der Agrarrat auf Initiative Köstingers festgelegt, dass auch künftig eine Differenzierungsmöglichkeit bei den Direktzahlungen zwischen Almflächen und sonstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen gegeben sein soll. "Diese Entscheidung ist für die oberösterreichische Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung, da

sonst ein erheblicher Abfluss von Direktzahlungen in andere Bundesländer gedroht hätte. Zudem ist es damit möglich, dass die bewährten Systeme der Bergbauern- und Almförderung in ihrer Grundstruktur beibehalten werden können", erläuterte Dietachmair.

Noch wesentliche Druckpunkte im ÖPUL-Programmwurf

Bei der Neukonzeption des Umweltprogrammes ÖPUL fordert die LK OÖ einen möglichst flächendeckenden Ansatz. "Dies kann nur dann gelingen, wenn die Maßnahmen auch für flächenknappere und daher intensiver geführte Futterbau- und Veredelungsbetriebe sowie für Ackerbaubetriebe mit höheren Ertragsniveaus wirtschaftlich machbar und damit attraktiv bleiben", unterstrich der Kammerdirektor. Für bewährte Maßnahmen zur Förderung der extensiven Bewirtschaftung wird eine Verbesserung der Anreizkomponente gefordert. Zudem will die LK OÖ bei der neu konzipierten ÖPUL-Basismaßnahme eine Einstiegsvariante mit einem deutlich niedrigeren Biodiversitätsflächenanteil als die derzeit vorgesehenen 7%, um eine möglichst flächendeckende Teilnahme sicherzustellen und den Betrieben auch einen Zugang zu den darauf aufbauenden Maßnahmen zu gewähren. Für die Umsetzung der Öko-Regelung im Rahmen der 1. Säule der GAP soll ebenfalls eine Maßnahme konzipiert werden, die eine umfassende Teilnahme der Betriebe ermöglicht. Zudem sei die künftige Unterstützung für den Biolandbau so zu gestalten, dass eine marktkonforme kontinuierliche positive Weiterentwicklung gefördert wird.

Bei der Ausgestaltung der Bergbauern-Ausgleichszulage spricht sich die LK OÖ für eine grundsätzliche Beibehaltung der bisherigen Programmstruktur aus. Verlangt wird aber eine gezielte Besserstellung kleinerer und mittlerer Betriebe, indem künftig im Rahmen der Sockelbetragsregelung für die ersten 20 ha eines Betriebes ein entsprechend höherer Zuschuss oder Ausgleichszulagenbetrag gewährt wird.

Möglichkeiten der EU-Umverteilungsprämie aktiv nutzen

"Die Landwirtschaftskammer OÖ bekennt sich ausdrücklich dazu, dass am Ende der nationalen Strategieplan-Programmerstellung auch über die konkrete Umsetzung der Möglichkeiten einer Umverteilungsprämie eine agrarpolitische Entscheidung herbeizuführen ist. Dazu müssen aber vorerst die Verteilungswirkungen der sonstigen Programmmaßnahmen und die EU-Rechtsgrundlagen dafür auf dem Tisch liegen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es absolut unseriös, darüber eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, zumal auch die sonstigen Programmvorschläge derzeit ebenfalls noch nicht mit konkreten Zahlungs- oder Prämienbeträgen hinterlegt sind. Wir bekennen uns aber klar zu einer entsprechenden Besserstellung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe im künftigen Direkt- und Ausgleichszahlungssystem, da die vorgesehenen EU-Regelungen für das Capping und die Degression auch künftig zahllos bleiben werden", erklärte Langer-Weninger. (Schluss)

Frauenpower braucht das Land: Stopp der Abwanderung

Interessenvertretungen plädieren für Trendwende und lebenswerte ländliche Regionen

Graz, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Junge Frauen wandern ab, obwohl sie das Landleben grundsätzlich für sehr attraktiv halten. Der ländliche Raum in der Steiermark hat in den vergangenen drei Jahren bis zu 1.800 gut ausgebildete junge Frauen im Alter zwischen 19 und 20 Jahren allein an die Landeshauptstadt Graz verloren. Jährlich verlassen in dieser Gruppe also rund 600 Personen ihre Dörfer und Gemeinden. Aber auch in den Großraum Wien wandern beispielsweise bis zu 3.000 junge Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet ab. In den nächsten zehn Jahren sind das Zehntausende junge Hoffnungsträgerinnen, die den ländlichen Regionen nachhaltig fehlen werden. Ein bedenklicher Trend, der jedoch zu verhindern wäre. Denn wie aus dem Adeg-Dorfleben-Report 2020 hervorgeht, schätzen fast 100% der befragten Frauen die hohe Lebensqualität am Land. Und die Corona-Krise hat das Landleben noch zusätzlich attraktiv gemacht. * * * *

"Hält dieser Trend an, führt das unweigerlich zu negativen ökonomischen und sozialen Entwicklungen in den ländlichen Regionen unseres Landes", geben in der Steiermark die Vizepräsidentinnen der Landwirtschaftskammer (LK), **Maria Pein**, und der Wirtschaftskammer (WKO), **Gabriele Lechner**, zu bedenken. "Immerhin sind Frauen wichtige Investorinnen und Konsumentinnen; sie sind Unternehmerinnen, Arbeitnehmerinnen, Mütter, pflegende Angehörige und vieles mehr. Fallen sie weg, verlieren Gemeinden und Orte Finanzkraft, soziale Kompetenz und intellektuelles Kapital. Damit dünnen sich Nahversorgung und Infrastruktur aus, das Gemeinschaftsleben leidet, was weitere Abwanderungen vorantreibt."

Damit dem Land die Hoffnungsträgerinnen für die Zukunft nicht weiter abhandenkommen, steuern Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer jetzt dagegen. Pein und Lechner sehen bei diesem sensiblen Thema die Politik in der Pflicht: "Wir können es uns nicht leisten, auf diese weiblichen Hoffnungsträgerinnen zu verzichten. Deshalb sind Bund, Land und Gemeinden gefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Allen voran gilt es, gemeinsam mit den Frauen an die weiblichen Lebenswelten angepasste Rahmenbedingungen zu erarbeiten und umzusetzen, wie zum Beispiel flexible Kinderbetreuungseinrichtungen, vermehrte Unterstützung in der Pflege oder die Schaffung von frauenspezifischen Netzwerken."

Konkrete Maßnahmen und weitere Prioritäten

"So sind von Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer Networking-Meetings für junge Frauen, speziell Bäuerinnen und Unternehmerinnen, angedacht. Diese Meetings sollen vor allem der gegenseitigen Stärkung und Förderung dienen und gemeinsame Innovationen vorantreiben." Insbesondere verlangt Pein zur Weiterentwicklung des ländlichen Raumes den raschen Ausbau des schnellen Internets bis auf die Bergspitze, den Ausbau von Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder und ältere Personen sowie eine verbesserte Ausbildung und Qualitätssicherung in der 24-Stunden-Pflege.

"Follow me"-Initiative als Wirtschaftsturbo zur Stärkung der ländlichen Strukturen

Der Adeg-Dorfleben-Report zeigt es mehr als deutlich: 97,7% der Befragten gaben an, dass das Leben in ihrer Gemeinde lebenswert ist. Damit die Lebensqualität weiterhin auf einem hohen Niveau bleibt, ist die lokale Wertschöpfung, wie die Corona-Krise zeigt, wichtiger denn je: Über 70% sehen diese Wertschöpfung als Schlüssel zum Erfolg. Gerade hier wird die erfolgreiche Initiative "Follow me" der WKO Steiermark in den nächsten Monaten und Jahren ein mächtiger Turbo für die Wirtschaft in den kleineren Gemeinden sein.

Laut KMU Forschung Austria stehen bis 2027 rund 5.200 steirische Arbeitgeberbetriebe zur Übergabe an, mehr als 50.000 Arbeitsplätze hängen an diesen - darunter viele Familienunternehmen, von denen 70% in den ländlichen Regionen beheimatet sind. "Um diese zu erhalten, hat die WKO Steiermark die Initiative 'Follow me' ins Leben gerufen, eine Plattform zur erfolgreichen Betriebsübergabe", so Lechner. Dass diese im Unternehmerland fest verankert ist, zeigt eine aktuelle Umfrage des Instituts für Wirtschafts- und Standortentwicklung (IWS). Demnach kennt bereits jeder zweite Unternehmer beziehungsweise jede zweite Unternehmerin "Follow me". Geht es um Nachfolge beziehungsweise Gründerberatungen, so nutzten oder kennen hier rund 81% der Befragten die angebotenen Serviceleistungen, 57% beurteilen diese mit "Sehr gut" oder "gut".

"Damit nicht zuletzt auch das Dorfleben wieder an Attraktivität für Jungunternehmer gewinnt, leistet die WKO Steiermark mit dieser Initiative einen wertvollen Beitrag für all jene, die in die Fußstapfen von erfolgreichen Unternehmern treten wollen", betont die WKO-Steiermark-Vizepräsidentin. Auffallend bei der Suche nach einem "Erben" ist, dass rund 91% der Befragten angeben, dass dieser nicht aus der eigenen Familie kommen muss. Bestes Beispiel hierfür ist der Sieger des "Follow me"-Awards im Jahr 2020: Mit Emanuel Reindl von Elektro Ertl in Feldbach gewann erstmals ein familienexterner Unternehmer die beliebte Trophäe der WKO Steiermark. Insgesamt sechs Betriebe in zwei Kategorien werden Jahr für Jahr mit dem begehrten "Follow me-Award" ausgezeichnet, sie stehen stellvertretend für rund 900 Betriebe, die jährlich in der Steiermark an die nächste Generation übergeben werden.

Landesbäuerin Maier: Arbeitsplätze auf den Höfen sichern

"Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen funktionierenden ländlichen Raum sind Arbeitsplätze in der Nähe sowie in zumutbarer Entfernung. Es gilt allerdings auch Arbeitsplätze auf unseren bäuerlichen Betrieben zu erhalten, insbesondere auch für Frauen. In den vergangenen Jahren wurden Einkommens- und Erwerbskombinationen aufgebaut, die jungen Frauen einen Arbeitsplatz am Betrieb sichern oder ein wichtiges Standbein schaffen. Beispiele dazu sind Urlaub am Bauernhof, die Direktvermarktung, Green Care oder auch Schule am Bauernhof", betont Landesbäuerin **Auguste Maier**. Und weiter: "Vonseiten der Landwirtschaftskammer gibt es hier gute Unterstützung in der Ausbildung, in betriebswirtschaftlichen Agenden und bei den notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen."

Statements von Alltagsheldinnen

Hanna Mausser, Facharbeiterin für Obstbau und Obstverarbeitung, Hitzendorf: "Ich könnte nie vom Land weggehen. Das kommt für mich nicht in Frage. Da wäre ich total unglücklich. Mir würden die Familie, die Freunde und die Natur fehlen. Ich bin stolz auf mein Daheim, wo ich auch meinen Arbeitsplatz habe. Er bietet mir die Möglichkeit, mit vielen Menschen aus verschiedenen Generationen, sozialen Gruppierungen und Kulturen in Kontakt zu kommen."

Heidi Hirn, Milchbäuerin, Trofaiach: "Ich bin ins Landleben hineingeboren und habe den Betrieb ganz selbstverständlich übernommen. Erst später sind mir die Vorteile des Landlebens bewusst geworden: Ich habe meinen Arbeitsplatz, den ich individuell gestalten kann, daheim. Ich bin meine eigene Chefin, das bedeutet mir sehr viel. Ich muss nicht pendeln und bin auch mit dem fachlichen Weiterbildungsangebot vor Ort sehr zufrieden. Außerdem gibt es auch Online-Angebote. Über allem steht der Luxus, im Freien, in und mit der Natur arbeiten zu können."

Christina Niederl, Unternehmerin, und **Stefanie Niederl**, Bäuerin und Unternehmerin, Gnas: "Am Land fühlen wir uns frei, da haben wir Platz, das beflügelt auch unser Denken. Auch die Nicht-Anonymität gefällt uns sehr. Wir schätzen den Zusammenhalt als Familie und dass wir hier alle gemeinsam arbeiten können. Am Land zählt auch noch die Handschlagqualität und es gibt Wertschätzung für unsere Arbeit - die Versorgung mit regionalen Produkten. Schön wäre es, wenn es Kurse, Seminare oder Get-togethers für Jungunternehmerinnen und Frauen in der Wirtschaft geben würde." (Schluss) - APA OTS 2021-01-07/14:32

LK Oberösterreich und LK Steiermark fordern Verlustersatz für Schweinebauern

Vorlieferanten für Gastronomie von Corona-Krise besonders betroffen

Linz/Graz, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Die Corona-Krise hat bei den heimischen Schweinebauern zu dramatischen Erlösverlusten geführt. Seit April 2020 ist bereits ein Schaden von 70 Mio. Euro entstanden, und noch ist kein Ende der massiven Marktturbulenzen in Sicht. "Unsere Schweinebauern brauchen als Vorlieferanten für die Gastronomie dringend einen Verlustersatz, um die Höfe vor der Existenzbedrohung zu schützen", fordern Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger** und der steirische Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Franz Titschenbacher** von der Bundesregierung. * * * *

Nach recht positiven Aussichten zu Jahresbeginn 2020 sind die Erlöse für die Schweinebauern seit dem ersten Corona-Lockdown im Frühjahr in ein untragbares Preistief abgesackt. Hauptursache sind die fehlenden Bestellungen durch die Gastronomie und Hotellerie. "Die Schweinemäster und Ferkelhalter können die enormen Erlösverluste nicht mehr schultern. Als Vorlieferanten für die Gastronomie brauchen sie dringend einen Verlustersatz, um die Existenzgefahr abzuwenden. Die auflaufenden Einbußen werden von Tag zu Tag größer. Die Bauern können die Tiere nicht in 'Kurzarbeit' schicken. Anders als bei anderen Branchen ist der Betriebsmitteleinsatz weiterhin sehr hoch", unterstreichen Titschenbacher und Langer-Weninger.

Seit April 2020 ist den österreichischen Schweinebauern bereits ein Schaden von 70 Mio. Euro entstanden. Bis Ende Februar wird von einem faktischen Gesamtschaden von 100 Mio. Euro ausgegangen. Die Markt- und Preiskrise in der europäischen und heimischen Schweinefleischerzeugung trifft daher auch die kleinstrukturierten heimischen Ferkelerzeuger hart.

Maßnahmenbündel gefordert

Um eine latente Existenzgefährdung dieser Betriebe abzuwenden, verlangen Titschenbacher und Langer-Weninger ein Maßnahmenbündel, das im Wesentlichen drei Punkte umfasst: Erstens wird von der Bundesregierung ein wirkungsvoller Verlustersatz gefordert, um die Schäden, die den Schweinebauern als Vorlieferanten für die Gastronomie erwachsen sind, abzufedern. Zweitens soll die EU-Kommission in Brüssel die Maßnahme "Private Lagerhaltung" vorbereiten, um den europäischen Markt vorübergehend zu entlasten. Drittens soll der heimische Lebensmittelhandel nach deutschem Vorbild für Fleisch einen besseren Preis zahlen, dieser müsse auch direkt bei den Bauern ankommen, wird betont.

Verbaler Dank für systemrelevante Arbeit ist zu wenig

"Wenn aktuell von allen Seiten die Leistungsbereitschaft der heimischen Bäuerinnen und Bauern für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung hochgepriesen wird, so darf die aktuelle Krisensituation der Fleisch liefernden Nutztierhalter nicht übersehen werden. Die Sicherstellung der Eigenversorgung ist ein hohes Gut, das nur dann auf Dauer gewährleistet ist, wenn auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit auf den Höfen gegeben ist. Nur ein verbaler Dank für die systemrelevante Arbeit der Landwirte ist zu wenig", betonen Titschenbacher und Langer-Weninger. (Schluss)

ÖPUL 2015: Flächenzugänge im Jahr 2020 und 2021 nicht prämiendfähig

AMA versendet ÖPUL-Mitteilung ab 11. Jänner - Hinweise darin beachten

Wien, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Damit eine Umweltwirkung entfaltet werden kann, ist es erforderlich, dass ÖPUL 2015-Maßnahmen mehrjährig auf den beantragten Flächen eingehalten werden. Aus diesem Grund ist eine Flächenausweitung in den letzten Jahren der Programmperiode nicht mehr möglich, teilt die Agrarmarkt Austria (AMA) mit. Bei der ÖPUL-Berechnung für die Auszahlung im Dezember 2020 konnten laut AMA bei einigen Betrieben nicht alle beantragten Flächen für eine Prämie berücksichtigt werden. Der Grund dafür ist, dass im Förderjahr 2020 gemäß der Sonderrichtlinie ÖPUL 2015 kein prämiendfähiger Flächenzugang mehr möglich war. In den ÖPUL-Mitteilungen, die ab 11. Jänner 2021 postalisch beziehungsweise elektronisch über "MeinPostkorb" zugestellt werden, ist dieser Sachverhalt erläutert und in der Maßnahmenübersichtstabelle als Unterschied zwischen beantragter und prämiendfähiger Fläche ersichtlich. Detaillierte betriebsbezogene Informationen zur Berechnung der ÖPUL-Prämien sind im ÖPUL-Abrechnungsreport, der auf www.eama.at im Register "Flächen" ab 11. Jänner 2021 abrufbar ist, enthalten. * * * *

Flächenzugangsregelung im Jahr 2020

Ein Flächenzugang im Sinne der Sonderrichtlinie ÖPUL 2015 liegt vor, wenn eine Fläche erstmals in eine Maßnahme eingebracht wurde. Daher stellen Flächenübernahmen, die nicht die gleichen Maßnahmen aufweisen oder überhaupt noch nicht mit einer ÖPUL-Verpflichtung belegt waren, Flächenzugänge dar. Die Flächenzugangsregelung wird EDV-technisch überprüft und erfolgt lagegenau. Wenn eine hinzugekommene Fläche bereits im Vorjahr mit der gleichen Maßnahme belegt war, handelt es sich nicht um einen Flächenzugang und sie ist grundsätzlich prämienfähig. Diese Regelung ist insbesondere bei Flächentausch- und Pachtgeschäften zu beachten.

Übernahm beispielsweise ein Biobetrieb im Jahr 2020 Flächen von einem UBB-Betrieb, so handelt es sich um einen Flächenzugang und die Bio-Prämie für die übernommene Fläche wurde nicht gewährt. Im umgekehrten Fall verhält es sich ebenso und UBB wurde auf der betroffenen Fläche nicht ausbezahlt.

Hinsichtlich der Zugangsregelung sind deshalb folgende Sachverhalte zu berücksichtigen: Bei der Überprüfung, ob ein Flächenzugang auf einem Betrieb vorliegt, werden die Flächenangaben im Mehrfachantrag-Flächen 2020 lagegenau mit den Flächenangaben im Mehrfachantrag-Flächen 2019 verglichen. Die Angaben im Herbstantrag 2019 werden bei diesem Flächenabgleich nicht berücksichtigt. Es können auch geringfügige Flächenausweitungen oder Flächenkorrekturen - etwa im Rahmen der Digitalisierung bei neuen Luftbildern - eine Zugangskürzung auslösen. Flächenzugänge werden nicht mit Flächenabgängen saldiert. Auch eine betriebsinterne Änderung der Nutzungsart kann einen Flächenzugang darstellen. Dies ist beispielsweise bei Abspaltung eines Weingartens auf einer Ackerfläche bei Teilnahme an der Maßnahme "Erosionsschutz Obst, Wein, Hopfen" oder im Fall eines Grünlandumbruchs bei Teilnahme an der Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - System Immergrün" der Fall. Eine Zugangskürzung wird bei unveränderter Beantragung in den Folgejahren bis zum Ende der Verpflichtungsdauer fortgeschrieben. Wurden Flächen bereits im Antragsjahr 2019 nicht ausbezahlt, weil die damals geltende Zugangstoleranz überschritten worden ist, wurde diese Kürzung auch im Jahr 2020 vorgenommen, selbst wenn in diesem Jahr keine Flächenausweitung am Betrieb stattgefunden hat.

ÖPUL-Maßnahmen mit Zugangsregelung

Von der Einschränkung des prämienfähigen Flächenzugangs sind nicht alle Maßnahmen betroffen. Sie gilt ausschließlich für folgende ÖPUL-Maßnahmen: Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung, Einschränkung ertragssteigernder Betriebsmittel, Begrünung von Ackerflächen - System Immergrün, Erosionsschutz Obst, Wein, Hopfen, Pflanzenschutzmittelverzicht Wein und Hopfen, Silageverzicht (auf Grünland), Bewirtschaftung von Bergmähwiesen, Bewirtschaftung auswaschungsgefährdeter Ackerflächen, Vorbeugender Oberflächengewässerschutz auf Ackerflächen, Naturschutz und Biologische Wirtschaftsweise.

Flächenzugangsregelung im Verlängerungsjahr 2021

Die im Jahr 2020 umgesetzten Regelungen hinsichtlich des Flächenzugangs gelten auch für das geplante Verlängerungsjahr 2021. Eine prämienfähige Flächenausweitung ist bei oben genannten Maßnahmen somit nur möglich, wenn sie bereits 2020 mit der gleichen Maßnahme belegt waren. Ist ein Betrieb bereits im Jahr 2020 von einer Prämienkürzung betroffen, wird diese auch im Verlängerungsjahr 2021 wirksam werden, informiert die AMA. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Angebot insgesamt eher knapp

Österreich: Preise für Kühe tendieren nach oben

Wien, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Zu Beginn des neuen Jahres fällt in der EU das Aufkommen an Schlachtrindern insgesamt unterdurchschnittlich aus. Besonders bei Schlachtkühen ist das Angebot derzeit knapp. Bei Jungstieren herrscht international aktuell ein sehr stabiles Preisniveau. * * * *

In Österreich dürfte das Geschäft im Lebensmitteleinzelhandel zu den Weihnachtsfeiertagen sehr gut gelaufen sein, die Nachfrage konnte nicht überall exakt gedeckt werden. Die weitere Entwicklung ist laut Rinderbörse etwas schwierig zu prognostizieren, da sie auch davon abhängen wird, inwieweit die Gastronomie und der Tourismus im Inland wieder aufsperrt. Derzeit halten sich Angebot und Nachfrage die Waage.

Etwas anders ist die Lage bei weiblichen Rindern. Speziell bei den Schlachtkühen herrscht derzeit ein knappes Angebot, bei einer traditionell im Jänner etwas stärkeren Nachfrage nach Kuhfleisch. Die Preise tendieren nach oben. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, inwieweit es in Österreich und in Europa zu einem Aufsperrt im Außer-Haus-Verzehr kommt. Die Schlachtkälber-Notierungen sind stabil.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem stabilen Preis von 3,47 Euro je kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden weiterhin 2,90 Euro gezahlt, die Schlachtkuh-Notierung steigt auf 2,02 Euro. Die Notierung für Schlachtkälber bleibt mit 6,35 Euro unverändert. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Kartoffelmarkt startet stabil ins neue Jahr

Inlandsabsatz im Handel zufriedenstellend - Erzeugerpreise unverändert

Wien, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt startet ohne große Veränderungen in das neue Jahr. Mit den Umsätzen im Weihnachtsgeschäft war man im Lebensmitteleinzelhandel überaus zufrieden. Ein deutliches Minus war dagegen in den Tourismusregionen und in der Gastronomie zu verzeichnen. Daran dürfte sich auch in den nächsten Wochen kaum etwas ändern. Insgesamt läuft die Inlandsvermarktung aber durchaus nach Plan. Von der Exportseite gibt es zwar Anfragen, tatsächliche Abschlüsse werden aber aufgrund des international günstigeren Preisniveaus kaum getätigt, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. * * * *

Auf der Angebotsseite ist die Situation unverändert. Die Abgabebereitschaft der Landwirte ist prinzipiell gegeben, es besteht weiterhin ein hoher Sortieraufwand. Die Erzeugerpreise starten daher stabil ins neue Jahr. In Niederösterreich werden für mittelfallende Ware unverändert meist 12 Euro/100 kg bezahlt. Übergroßen werden um 5 bis 8 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 18 Euro/100 kg zu erzielen.

Auch am deutschen Speisekartoffelmarkt hatten die Packbetriebe kurz vor den Weihnachtsfeiertagen alle Hände voll zu tun. Der Lebensmitteleinzelhandel orderte angesichts des Lockdowns und der

Feiertage sicherheitshalber mehr Ware als üblich, um nicht wieder von Hamsterkäufen oder ähnlichem überrascht zu werden. Angebotsengpässe wurden dabei allerdings nicht beobachtet. Das zur Verfügung stehende Angebot reichte gut zur Deckung der bestehenden Nachfrage aus. Während der Absatz im Bereich des Handels auch durchaus zufriedenstellend verlief, fielen die Order in Richtung Gastronomie infolge der anhaltenden Schließungen hingegen deutlich ruhiger aus als in den vergangenen Jahren. Auch im Export gab es zwischen den Feiertagen traditionell weniger Umsätze. Außerdem sind viele osteuropäische Länder noch gut mit Speisekartoffeln selbst versorgt oder decken sich mit günstiger Ware aus Frankreich ein. Bei den Erzeugerpreisen änderte sich nichts mehr. Im Bundesdurchschnitt wurden zuletzt für qualitativ einwandfreie Speisekartoffeln zwischen 10 und 11 Euro/100 kg bezahlt. Auch im Jänner rechnen die meisten Marktbeteiligten mit stabilen Preisen. (Schluss)

Russland: Höchstpreise für Lebensmittel gelten nun 90 Tage

Maßnahme soll Marktsituation während der Pandemie stabilisieren

Moskau, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - In Russland kann die Regierung demnächst Höchstpreise für "sozial relevante" Lebensmittel für die Dauer von 90 Tagen festlegen. Ein vom Parlament im Eilverfahren verabschiedetes Gesetz hat Staatspräsident Wladimir Putin kurz vor dem Jahreswechsel unterzeichnet. Bislang konnte das Kabinett von diesem Recht erst Gebrauch machen, nachdem der Preisanstieg bei einzelnen Ernährungsgütern innerhalb von 30 Kalendertagen bei mehr als 30% lag. Während der COVID-19-Pandemie müsse die föderale Regierung die Marktsituation im Griff halten, um die Bürger landesweit oder in einzelnen Regionen vor unbegründeten Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln zu schützen, erklärte der Unterhaus-Vorsitzende **Wjatscheslaw Wolodin**. * * *

Im Dezember stiegen die Verbraucherpreise nach Angaben der Moskauer Generalstaatsanwaltschaft rasant, beispielsweise bei Zucker um fast 75% und bei Sonnenblumenöl um 24%, aber auch bei Mehl und Brot um 13% beziehungsweise 6%. Daraufhin behauptete Putin, dies sei weniger auf die Pandemie, sondern vielmehr auf die Versuche zurückzuführen, die Binnenpreise an die Weltmarktkonjunktur anzupassen.

Schon Mitte Dezember haben sich die zuständigen Ministerien mit den Produzenten und Handelsketten auf eine Stabilisierung der Verbraucherpreise für die am meist gefragtesten Lebensmittel vorerst bis Ende des ersten Quartals 2021 verständigt. Außerdem hat die Regierung Ende Dezember die Bereitstellung von insgesamt 4,7 Mrd. Rubel (51,7 Mio. Euro) für die Einkäufe von Brotweizen durch die Mühlenbetriebe beziehungsweise für Preiserstattungen an die Brotfabriken in den Regionen bewilligt. (Schluss) pom

78. NÖ Bauernbundball: Teilnahme via Streaming - "Alles Walzer-Set" ausverkauft

Organisatoren von großem Publikumserfolg überwältigt

St. Pölten, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Pandemiebedingt findet der für den 9. Jänner 2021 geplante 78. NÖ Bauernbundball nicht wie gewohnt im Austria Center Vienna statt, sondern im eigenen Wohnzimmer. Das dafür von der Akademikerguppe als Veranstalter des Ballevents aufgelegte "Alles Walzer-Geschenkset" war nach wenigen Tagen ausverkauft, und auch die 2. Auflage ist bereits vergriffen, wie Ball-Obmann **Stefan Jauk** berichtet. "Wir waren vom starken Zulauf überwältigt. Da wir nun endgültig ausverkauft sind, haben wir uns für alle Ballbegeisterten etwas einfällen lassen: Auf www.akademikerguppe.at können all jene, die kein Geschenkset ergatterten konnten, am Balltag selbst, dem 9. Jänner, beim Film zum Traditionsball mitfeiern", freuen sich Jauk und NÖ Bauernbund-Direktor **Paul Nemecek**. Die Organisatoren rechnen allein schon aufgrund der verkauften Sets mit über 4.000 Ballbegeisterten, die den "78. NÖ Bauernbundball für zu Hause" zum größten Ball-Event in der Corona-Zeit machen könnten. * * * *

Das Ballset enthält den offiziellen Bauernbundballfilm "Ein Walzer im 4 Viertel-Takt", eine Flasche des Ballweines, zwei dazu passende Weingläser mit Untersetzer und ein Menübuch für den kulinarischen Genuss beim "Ball für Daheim". Die Geschehnisse aus bislang 77 Bällen werden in der 33-minütigen Produktion des Regionalsenders P3TV in einem einfühlsamen Porträt der Traditionsveranstaltung zusammengefasst. Immerhin fand der erste Bauernbundball, organisiert durch den damaligen Bauernbund-Direktor Leopold Figl, bereits im Jänner 1934 in den Wiener Sophiensälen statt. Die Eintrittskarte kostete übrigens 4 Schilling.

Traditionsball: Strahlkraft durch viele Mitwirkende und Helfer

Damals wie heute habe der NÖ Bauernbundball als Treffpunkt von Politik und Wirtschaft eine hohe gesellschaftliche Strahlkraft - weit über die Bundesgrenzen hinaus. Seine Begeisterung über den beliebten Ball bringt auf der DVD auch Bundeskanzler Sebastian Kurz zum Ausdruck. "Der Film bringt vor allem die vielen Partner und Mitwirkenden, die oftmals den Großteil ihrer Arbeit im Verborgenen leisten, im Film vor den Vorhang", ergänzt Nemecek. So wissen nur die wenigsten, dass etwa die NÖ Gärtner schon ein halbes Jahr vor dem sonst üblichen Ballereignis mit der Planung des Blumenschmucks beginnen - um dann das Austria Center Vienna wenige Stunden vor Ballbeginn mit mehr als 10.000 Blumen in eine einzigartige Fest-Location verzaubern zu können.

Der Reinerlös kommt wie immer Schülern und Studierenden aus der Landwirtschaft zugute. "Ein Grund mehr für Spätentschlossene, sich den Film anzusehen, der ab Samstag, 9. Jänner 2021, auf www.akademikerguppe.at zu sehen ist", so Jauk. (Schluss)

Nachlese zum ÖKL-Webinar "Der Boden im Wandel"

Filmbeiträge auf YouTube abrufbar

Wien, 7. Jänner 2021 (aiz.info). - Das Österreichische Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung (ÖKL) veranstaltete am 21. Dezember 2020 ein Webinar zum Thema "Der Boden im Wandel - Neue Voraussetzungen für unsere Landwirtschaft", über das nun Filmbeiträge kostenlos abrufbar sind. Ein Kamerateam war im Vorfeld des Webinars bei Landwirt und "Exotenpionier" Thomas Labuda zu Besuch und hielt interessante Bodenprofile sowie eine Diskussion zwischen Labuda und dem Bodenökologen und Webinarvortragenden Hans Unterfrauner fest. Im Webinar ging es um den Zustand landwirtschaftlicher Böden und wie sich dieser in Zukunft verändern wird. Unterfrauner referierte über vorhersehbare Ereignisse in Verbindung mit dem Klimawandel. Es ging unter anderem um den Temperaturanstieg im Jahresmittel sowie die veränderte Niederschlagsverteilung und welche Folgen dies für die Landwirte haben kann. * * * *

Wie man am Beispiel des findigen Pflanzenbauers Labuda sehen kann, ergeben sich durch den Klimawandel auch neue Chancen, die man durch Anpassung an die Umstände durchaus nützen kann. Labuda bewirtschaftet gemeinsam mit seinem Bruder nordöstlich von Wien einen rein pflanzenbaulichen, landwirtschaftlichen Betrieb. Neben den üblichen Nutzpflanzen des Ackerbaus zählen unter anderem Haselnuss, Kichererbse, Süßkartoffel und Indianerbanane zur Artenvielfalt des Landwirts.

Die Kurzversion des ÖKL-Films "Der Boden im Wandel" ist auf YouTube unter <https://www.youtube.com/watch?v=plwKg6sJACI> und die Langversion unter <https://www.youtube.com/watch?v=RoH06UCGODQ> abrufbar. Beide Versionen sind kostenlos. Die Aufzeichnung des gesamten Webinars ist im Webshop des ÖKL zum Preis von 10 Euro erhältlich.

Für Fachfragen stehen die ÖKL-Experten Rupert Gruber (rupert.gruber@oekl.at) und David Unterrainer (david.unterrainer@oekl.at) zur Verfügung. (Schluss)